

Ulrich Schachtschneider

Freiheit, Gleichheit, Ökologie

Für eine emanzipatorische Linke

Vorbemerkung:

Diese Papier entstand als Beitrag zum programmatischen Workshop der Emanzipatorischen Linken am 21.03.09. in Berlin. Die Emanzipatorische Linke ist im Begriff, sich als Strömung innerhalb der Partei „Die Linke“ zu konstituieren. Ihre Grundidee besteht darin, Freiheit und Sozialismus nicht als Gegensatz zu verstehen, sondern als gegenseitige Voraussetzung. In diesem Papier lege ich eher grundsätzliche Überlegungen dar, in welcher Weise emanzipative linke Politik die ökologische Frage mit Freiheit und Gleichheit verbinden sollte. Alle Texte und Diskussionen unter www.ema.li

Wo sind wir jetzt?

Emanzipation, die Befreiung von einem vorgegebenen Leben, ist Ziel und Antrieb der Moderne seit ihren Anfängen zu Zeiten der Aufklärung. Dabei sind wesentliche Fortschritte erreicht worden. Wir haben heute mehr individuelle Freiheiten als je zuvor. Der letzte große Schub dafür kam mit der Ablösung der gegliederten und hierarchisch organisierten Gesellschaft des Fordismus, an denen der kulturelle Bruch um 1968 herum und die folgenden neuen sozialen Bewegungen maßgeblichen Anteil hatten. Wohn- und Erwerbsformen, kulturelle und sexuelle Orientierungen konnten sich diversifizieren, Individualität ist gesellschaftlich anerkannt, wenn nicht sogar zur neuen Norm geworden. Selbstorganisation und Partizipation sind wesentliche Teile des sozialen Leitbilds der den Fordismus beerbenden neoliberalen Phase der letzten 30 Jahre. Die Gesellschaft ist weniger herrschaftsförmig geworden, Ausnahmen bestätigen die Regel.

Halbe Freiheit

Obwohl die Menschen regelrecht gezwungen sind, Architekt ihrer Biografie zu sein, sind die Bedingungen dafür nicht ausreichend gegeben. Vor allem sind sie ungleich verteilt, Tendenz zunehmend. Das Ende der hohen fordistischen Wachstumsraten, von denen Arme und Reiche profitierten, hat zu stärkerer Einkommensungleichheit geführt. Die formal freie und kulturell akzeptierte Wahl der Lebensumstände ist eingeeengt. Dies betrifft Ärmere ohne ausreichenden finanziellen Spielraum. Dies betrifft aber auch mittlere und obere Schichten, die unter gestiegener ökonomischer Unsicherheit leiden und so häufig von emanzipativem Handeln abgehalten werden. Wir haben also so etwas wie eine halbe Moderne oder halbe Emanzipation. Größtmögliche Emanzipation bzw. Freiheit für alle erfordert ökonomische Sicherheit für alle, erfordert mehr ökonomische Gleichheit. Der neoliberale Kapitalismus mit seiner ökonomischen Prekarität und seiner Tendenz der steigenden Spreizung der Einkommen steht einer größeren Emanzipation im Wege, auch wenn seine Kultur Emanzipationstendenzen auf den Weg gebracht hat..

Krise: Rückschläge drohen

Die neoliberale Konstellation ist nicht stabil. Die Ökonomie basiert auf ungedeckten Wechsell auf die Zukunft, ökologisch und finanziell. Das Ergebnis wird gegenwärtig offenbar: Eine nach wie vor ungelöste ökologische Krise sowie eine Weltwirtschaftskrise.

Von beiden gehen Gefahren für den Stand der erreichten Emanzipation aus, und dies jenseits der Gefahr des Anstiegens rechtspopulistischer und autoritärer Strömungen.

Die ökonomische Krise wird die finanziellen Spielräume der Individuen einengen und damit auch die Lebensformen. Bedarfsgemeinschaften werden einen höheren Rang bekommen, es werden mehr ökonomische Zwangsgemeinschaften entstehen. Der Druck zum billigen Verkauf der Arbeitskraft zu jedem Zweck und zu jeder Tages- und Nachtzeit wird zunehmen, mit Folgen für die Selbstbestimmung, die freie Zeit, die Gestaltbarkeit des Alltags, die Vereinbarkeit unterschiedlichster Lebensinhalte.

Auch die ökologische Krise bedroht den erreichten Stand von Emanzipation. Knapper werdende natürliche Ressourcen wie etwa Energie werden teurer, ob als Marktergebnis oder in Folge politischer Rahmensetzung durch Ökosteuern oder Mengenbegrenzungen mit Zertifikathandel. Darunter haben ärmere Schichten zu leiden, ihre Entfaltungsmöglichkeiten sinken. Wohlhabende hingegen werden für ihren Umweltverbrauch lediglich mehr zahlen müssen. Der durch fast kostenlose Ressourcen ermöglichte Massenkonsum des fossilen Zeitalters hatte auch einen demokratischen und emanzipativen Gehalt, der nun in Gefahr ist.

Ökologie mit Freiheit und Gleichheit

So falsch es aus emanzipatorischer Sicht ist, Freiheit gegen Gleichheit zu stellen, so falsch ist es, Ökologie gegen Freiheit zu stellen. Im Gegenteil: Sie wird sich nur durchsetzen lassen mit Freiheit und Gleichheit.

Die ökologisch nötigen Einschränkungen des Konsums werden erstens nur akzeptiert werden, wenn sie alle etwa gleich betreffen. Zweitens werden die Gegenstände der Beschränkung nicht von irgendeiner Instanz festgelegt werden können. Ist ein Autoausflug ins Grüne unverantwortlich und der Besuch eines Konzertes in 200 km Entfernung legitim? Beide Aktivitäten verursachen einen Ressourcenverbrauch. Jede Festlegung, jedes ordnungsrechtliche Verbot des einen oder anderen wäre herrschaftsförmig. Die Entscheidung über das Wo des Umweltverbrauchs kann in einer emanzipativen Welt nur den Individuen überlassen bleiben. Die Höchstmenge unerwünschter Verbräuche, wie etwa CO₂, muss allerdings gesamtgesellschaftlich gesteuert werden, wollen wir nicht gemeinsam untergehen oder zumindest schwere Beeinträchtigungen der Lebensqualität riskieren. Dies kann über eine Besteuerung oder die Austeilung von Zertifikaten geschehen. Eine Steuerung über solche marktliche Instrumente ist eine emanzipatorische Lösung. Sie ist es aber nur dann, wenn die Betroffenheit für jeden auch etwa gleich groß ist, d.h. die Einkommen sich angleichen. Die emanzipative Wahlmöglichkeit der eigenen Lebensumstände unter den Bedingungen der ökologischen Knappheit erfordert durch Gleichheit legitimierte Freiheit.

Grenzen des Diskurses

Emanzipation bedeutet Diskurs: Eine regelungsbedürftige Materie ist möglichst herrschaftsfrei mit allen auszudiskutieren, bis alle mit einer Lösung einverstanden sind. Unter den Bedingungen einer Vergesellschaftung, die über lokale Gemeinschaften hinausgeht, sind dieser Maxime jedoch praktische, auch die emanzipative Funktion eines solchen Diskurses selber konterkarierende Grenzen gezogen. Eine komplette Planung des Wirtschaftens ist nicht möglich. Nicht jedes Produkt und jedes Produktionsverfahren kann von seinen Produzenten und allen potentiell von der Produktion Betroffenen ausdiskutiert werden. Hier sollten historische Erfahrungen des Realsozialismus ernst genommen werden. Demokratisierung der Wirtschaft kann nicht ein permanenter basisdemokratischer Versammlungsdiskurs sein. Dazu sind die zu regelnden Dinge zu komplex und die Kulturen auch zu verschieden. Die Gegenstände des Diskurses werden in modernen, kulturell fragmentierten Gesellschaften

notwendigerweise abstrakter. Hier ist ein Blick in die dunkelblauen Bände (Habermas: Theorie des kommunikativen Handelns) durchaus hilfreich.

Emanzipative Gesellschaft muss – Gemeinschaft kann

Ein emanzipativer Charakter von Wirtschaft lässt sich durch eine demokratisch-diskursiv legitimierte Rahmensetzung herstellen, innerhalb derer ökonomische Handlungsfreiheit herrscht: Dort kann jeder selbst entscheiden, was und wie er produzieren und entdecken möchte und ob er dies lieber alleine, in einem großen oder kleinen Betrieb oder in einer Gemeinschaft machen möchte. Er muss auch entscheiden können, wie viel Zeit er für Partizipation aufbringen möchte, oder ob sich lieber einer Hierarchie eines großen Betriebs unterordnet, um vielleicht effizienter zu produzieren und mehr Lebenszeit zu haben. Emanzipation heißt, Alternativen zu haben, keinen Entscheidungen und damit einer Herrschaft ausgeliefert zu sein. Wenn einem eine Produktions- oder Lebensgemeinschaft nicht mehr gefällt, muss ein Wechsel ohne große Nachteile möglich sein. Diese Wahlmöglichkeiten bietet der Markt. Er ist emanzipativer Fortschritt, sofern die Rahmenbedingungen nicht zum Gegenteil führen.

Mit sozialer Sicherheit zur Ökologie

Worin könnte ein Rahmen für eine emanzipative Ökonomie mit ökologischem und egalitärem Anspruch bestehen? Ein Schritt in Richtung ökologischer Rahmen könnte durch Mengenbegrenzungen bei einigen zentralen Ressourcennutzungen gewährleistet werden. Die Einnahmen aus dem Zertifikateverkauf wären paritätisch auf jeden Erdenbürger aufzuteilen, so dass trotz Preiserhöhung eine Umverteilung stattfände – auf globaler und intranationaler Ebene. Menschen im Süden (und im Norden) mit einem geringen Verbrauch problematischer Ressourcen (zB CO₂) werden nur wenig Mehrausgaben haben durch deren Verteuerung, die durch den Zertifikateverkauf bewirkt wird. Sie erhalten aber durch die Ausschüttung der Einnahmen den durchschnittlichen Teil zurück: Unterm Strich werden ressourcenleichte Lebensstile ein finanzielles Plus verzeichnen. Wer überdurchschnittlich verbraucht, verliert hingegen an Kaufkraft.

Ein Schritt in Richtung sozialer Rahmen wäre mit dem bedingungslosen Grundeinkommen getan. Die Bedingungen für die Erwerbsarbeit, für eine Vertragsschließung außerhalb dieses abgesicherten Bereichs würden emanzipativer: Nicht jeder miese Kontrakt muss angenommen werden. Es bleibt aber dem einzelnen überlassen, zu welchen Bedingungen er es macht. Eine mögliche Folge des Schaffens dieser Zone der Sicherheit: Der ökonomische Anreiz für eine Tätigkeit wird für viele unattraktiver, darunter könnte das Wirtschaftswachstum leiden. Das könnte sein. Dem generell problematischen Verhältnis von ökonomischer Betätigung und ökologischen Grenzen tut das gut: Nur wenn einem wirklich etwas wichtig ist, wird man dafür eine ökonomische Aktivität entwickeln, ob bezahlt im Rahmen von Erwerbsarbeit oder unbezahlt im Rahmen von Eigen- oder Bürgerarbeit. Wie viele Produktionen mit hohem Umweltverbrauch und mit problematischer sozialer Wirkung werden heute nur deshalb getätigt, um elementarer ökonomischer Not zu entgehen? Wie oft wird Kreativität eingesetzt für Produkte und Angebote, deren Emanzipationsgewinn für die Menschen mindestens zweifelhaft ist?

Wer soll das durchsetzen?

Aufgabe einer Emanzipatorischen Linken ist, emanzipatorische Wege aus der ökonomischen und ökologischen Krise zu fördern. Dazu gehören die Initiierung von und die Beteiligung an Grundsatzdebatten, die Suche nach und das Ausleben von passenden

Transformationsprojekten, das Erheben von konkreten, im Politikbetrieb kommunizierbaren Forderungen sowie die Suche nach Bündnispartnern oben und unten.

Ulrich Schachtschneider, Oldenburg

Dipl.-Ing. Dr. rer.pol.

Energieberater, freier Autor, Bildungsarbeiter u.v.m.

Referent im Attac-Netzwerk

Arbeitskreis Nachhaltigkeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Nachhaltigkeit, (moderner) Gesellschaft und linker Programmatik.

Weitere Texte zum Verhältnis von Grün und Links unter www.rosalux.de

„Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei“, rls Standpunkte 2/2008

„Wie „grün“ muss die Linke sein?“ „Grün muss links sein!“, rls Standpunkte 7/2007

Veröffentlichungen zum Thema Nachhaltigkeit und (moderner) Gesellschaft:

„Zukunftsfähige Gesellschaften. Gesellschaftsbilder von Nachhaltigkeitskonzepten im Vergleich“ Oldenburg 1999

„Nachhaltigkeit als geänderte Moderne? Spielräume nicht technischer Strategien nachhaltiger Entwicklung“ Frankfurt a.M. 2005

Ulrich.Schachtschneider@gmx.de